

*Texte de l'initiative du 16 novembre 1991*

Le Grand Conseil du canton de Berne, s'appuyant sur l'article 93 de la Constitution fédérale, demande aux autorités fédérales que soit instauré un soutien de la Confédération au titre des efforts particuliers que consentent les cantons multilingues pour le maintien de la promotion de leur plurilinguisme.

92.305

**Standesinitiative Freiburg  
Zweisprachige Kantone.  
Förderung**

**Initiative du canton de Fribourg  
Subventions  
en faveur des cantons bilingues**

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994  
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994  
Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

*Wortlaut der Initiative vom 2. September 1992*

Der Bund wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die es erlauben, den zweisprachigen Kantonen Beiträge zur Kompensation der zusätzlichen Ausgaben zu gewähren, die ihnen aus der Zweisprachigkeit erwachsen.

*Texte de l'initiative du 2 septembre 1992*

La Confédération est invitée à créer les bases légales permettant l'octroi de subventions en faveur des cantons bilingues destinées à compenser les engagements financiers supplémentaires que doivent supporter les cantons bilingues.

92.306

**Standesinitiative Wallis  
Zweisprachige Kantone.  
Förderung**

**Initiative du canton du Valais  
Subventions  
en faveur des cantons bilingues**

Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1994  
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1994  
Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

*Wortlaut der Initiative vom 17. September 1992*

Der Bund soll im Interesse des Erhalts und der Förderung der Zwei- und Dreisprachigkeit in der Schweiz den Mehraufwand, den die davon betroffenen Kantone namentlich in der Verwaltung und im Schulwesen zu leisten haben, abgeltend.

*Texte de l'initiative du 17 septembre 1992*

Dans le but de maintenir et de promouvoir le bilinguisme et le trilinguisme en Suisse, la Confédération devrait indemniser les cantons concernés des frais supplémentaires engendrés par le plurilinguisme, notamment dans les domaines de l'administration et de l'instruction publique.

**Haering Binder** Barbara (S, ZH) unterbreitet im Namen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) den folgenden schriftlichen Bericht:

Ziel aller drei Standesinitiativen aus den zweisprachigen Kantonen ist es, vom Bund eine Unterstützung an die ihnen aus der Zweisprachigkeit erwachsenden Mehrausgaben zu erlangen. Sie berufen sich auf ihre besonderen Leistungen zur Erhaltung und Förderung der Mehrsprachigkeit – namentlich in Schulen und in der Verwaltung.

Aus den Begründungen:

In der Begründung zur Standesinitiative des Kantons Bern wird ausgeführt, ein mehrsprachiger Kanton erbringe nicht zu unterschätzende staatspolitische und kulturelle Leistungen zugunsten der ganzen Eidgenossenschaft. Eine Abgeltung dieser gemeinpolitischen Leistungen durch den Bund wäre deshalb gerechtfertigt.

Die Standesinitiative Freiburg macht geltend, dass sich einsprachige Kantone kaum Rechenschaft geben über die aussergewöhnlichen Aufgaben, minderheitspolitischen Pflichten und Lasten, welche ein zweisprachiger Kanton zu tragen habe. Die Zweisprachigkeit stelle einen mit Hypotheken und Dienstbarkeiten belasteten Reichtum dar.

Die Begründung aus dem Kanton Wallis bezieht sich auf die finanzielle Unterstützung, welche die Kantone Graubünden und Tessin seit Jahren erhalten. Zum Bild der vielsprachigen Schweiz gehörten aber auch die zweisprachigen Kantone Bern, Freiburg und Wallis. Deshalb sei es gerechtfertigt, auch ihnen eine Bundeshilfe zukommen zu lassen.

Die Berner und die Freiburger Regierung standen den Vorstössen zurückhaltend bis ablehnend gegenüber, während die Walliser Regierung den Vorstoss begrüsst, jedoch vor allem eine Unterstützung für den Bereich der Verständigung und des Austausches wünschte.

*Erwägungen der Kommission*

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur befasste sich erstmals am 30. Juni 1994, im Rahmen der Differenzbereinigung zum Sprachenartikel, mit den drei Standesinitiativen. Vom Beschluss des Ständerates, den drei Initiativen keine Folge zu geben, wurde Kenntnis genommen. Die WBK-NR entschied jedoch, Vertreter der drei Kantone einzuladen, um gemeinsam mit ihnen die Beweggründe und Anliegen der Standesinitiativen zu erörtern.

Die Anhörungen fanden am 20. Oktober 1994 statt.

Der Kanton Freiburg war vertreten durch Regierungsrat Dr. Urs Schwaller, Direktor des Innern und der Landwirtschaft, und durch Staatskanzler René Aebischer; der Kanton Wallis delegierte den Präsidenten des Grossen Rates, Raoul Lovis, sowie Dr. Kurt Grünwald, Verantwortlicher für die Beziehungen des Wallis mit den Universitäten; den Standpunkt des Kantons Bern vertraten der Vizepräsident des Grossen Rates, Guy Emmenegger, und Vizekanzler Michel Schwob.

Die Vertreter aller drei Kantone wiesen darauf hin, dass die zweisprachigen Kantone einen Beitrag zur Verständigung innerhalb unseres Landes leisten und dass sie sich eine Bundesunterstützung für ihre Anstrengungen in diesem staatspolitisch so wichtigen Bereich wünschen. Für Schulen, Verwaltung, Publikationen, Übersetzungen usw. sind die Kosten zwar beträchtlich, die Finanzierung dieser Bereiche wird jedoch als ureigene kantonale Aufgabe empfunden. (Die sieben kantonalen freiburgischen Direktionen schätzen ihre Aufwendungen für die Zweisprachigkeit auf jährlich zwölf bis fünfzehn Millionen Franken – ohne dass der Grosse Rat über einen Übersetzungsdienst verfügen würde! Im Grossen Rat des Kantons Bern werden sowohl im Plenum wie in den Kommissionen alle Beratungen simultan übersetzt, im Grossen Rat des Kantons Wallis nur die Ratsverhandlungen.)

Oberste Priorität für den Kanton Freiburg hat die Förderung der Verständigung und des Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften. Willkommen wäre eine Unterstützung im Bereich zweisprachiger Klassenexperimente und des Schulaustausches.

Die Vertreter Berns und des Wallis verwiesen auf das 1991 aufgrund eines Kooperationsvertrages gegründete gemeinsame

## **Standesinitiative Freiburg Zweisprachige Kantone. Förderung**

### **Initiative du canton de Fribourg Subventions en faveur des cantons bilingues**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Januarsession
Session	Session de janvier
Sessione	Sessione di gennaio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.305
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	01.02.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	225-225
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 264

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.